

Tagesordnung 1 Punkt 2 der öffentlichen Sitzung am 07.02.2006

Vorlage Nr. 06-F-02-0001

Mautausweichverkehr unterbinden
- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 06.01.2006 -

Der Ausschuss Planung, Bau und Verkehr möge beschließen:

Mit dem Beschluss 824/05 des Bundesrates vom 21.12.2005 über die 15. Verordnung zur Änderung der Straßenverkehrsordnung ermächtigt dieser die zuständigen Verkehrsbehörden, bereits ab dem 1. Januar 2006 Beschränkungen oder Verbote für den LKW-Durchgangsverkehr auf solchen Strecken anzuordnen, die bevorzugt von LKW-Maut-Flüchtlingen benutzt werden. Betroffene Strecken können mit dem jetzt neu eingeführten Zusatzzeichen "Durchgangsverkehr" sowie dem Zusatzzeichen „12 t“ gesperrt werden.

Eingedenk dieser Vorbemerkungen wird der Magistrat gebeten

- a) zu berichten, wie er die für das Ende 2005 avisierten Verkehrszählungen im Bereich der B 417 in Bezug auf den dort stattfindenden Mautausweichverkehr bewertet,
- b) darzustellen, unter welchen Bedingungen die oben genannte Verordnung in Wiesbaden realisiert werden kann und
- c) diese schnellstmöglich an den nachweislich betroffenen Schwerpunkten im Stadtgebiet (z. B. B 417 und B 455) umzusetzen.

Beschluss Nr. 0003

1. Der Antrag wird angenommen.
2. Der Magistrat wird gebeten, das bisher Veranlasste in einer ausführlichen schriftlichen Darstellung zu dokumentieren.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .02.2006

Kessler
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .02.2006

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .02.2006

Dezernat IV
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Diehl
Oberbürgermeister